

Quelle Frankfurter Rundschau vom 13. 03. 2009  
Seite 20  
Ressort Wirtschaft  
Rubrik S  
Autor ROTH |

## "Lohn-Geschenke für Firmen sind passé"

IG-Metall-Vize Wetzel über brutale Krisenstrategien, soziale Alternativen und die neue Politik der Gewerkschaft

*Wie sieht die deutsche Industrie nach der Krise aus?*

Die industriellen Strukturen werden anders als heute aussehen: Wir werden nie mehr so hohe Exportüberschüsse haben, weil andere Staaten unsere Überschüsse nicht mehr hinnehmen werden. Die gesamte Wirtschaft und auch die industrielle Produktion muss sich stärker auf den Binnenmarkt orientieren.

*Welche Branche wird wachsen, welche schrumpfen?*

So genau weiß das kein Mensch. Wichtig ist, in die richtige Richtung zu denken: Wir müssen den Binnenmarkt stärken, davon profitiert zum Beispiel das Handwerk. Wir müssen Innovationen fördern, etwa in der Umweltechnologie. Im Übrigen bin ich kulturoptimistisch: Wir werden neue Produkte erfinden, es werden neue Branchen entstehen, wenn wir den Menschen und Firmen die Chance dazu geben und sie fördern.

*Aber die IG Metall behindert doch eher den Strukturwandel, wenn sie Staatshilfe für Opel und Schaeffler fordert.*

Im Gegenteil. Unser Ansatz lautet: Wir müssen jetzt so viel wie möglich von unseren industriellen Strukturen erhalten, weil sie überwiegend top sind. Dann gibt es Firmen und Branchen, denen ein Strukturwandel bevorsteht. Die Autoindustrie hat Überkapazitäten, gleichzeitig steht sie vor einem technischen Wandel. Stichwort Elektromotor. Das sind völlig andere Autos, da gibt es keine Antriebstechnik mehr, kein Getriebe, keine Kolben. Wir müssen jetzt Zeit kaufen, damit wir diese Transformation sozial abgesichert organisieren können.

*Aber zunächst mal werden Überkapazitäten zementiert, wenn der Staat Opel stützt.*

Das stimmt doch nicht. Wir wollen, dass Opel überhaupt die Chance hat, sich an die veränderten Gegebenheiten anzupassen. Wer erschossen wird, ist tot und kann sich nicht mehr entwickeln. Wenn wir jetzt massenweise Firmen kil-

len, wäre das die gewaltsamste Form des Strukturwandels. Tod durch Erschießen. Wir würden damit gleichzeitig jede Menge Know-how zerstören - und unseren Anspruch an einen menschlichen Strukturwandel könnten wir gleich mit beerdigen. Ein Job, der einmal weg ist, kommt nie wieder.

*Wie gut ist Opel aufgestellt?*

Wir müssen überlegen, welche Autos künftig gekauft werden. Die Oberklasse wird wahrscheinlich seltener nachgefragt. Solche Autos sind bekanntlich nicht die Spezialität von Opel. Der Konzern ist stärker bei Kleinwagen und in der Mittelklasse, und das scheint zurzeit ein tragfähiges Segment zu sein. All dies bedeutet: Natürlich müssen sich auch andere Autokonzerne umstrukturieren, vielleicht noch stärker als Opel.

*Gab es schon mal einen sozial korrekten Strukturwandel?*

In der Stahlindustrie gab es große sozialpolitische Programme des Staats, der EU und der Konzerne. Thyssen-Krupp hat zum Beispiel in Dortmund Hochöfen geschlossen - und dann selbst Ersatz-Arbeitsplätze geschaffen und sich an einem regionalen Entwicklungskonzept für neue Jobs beteiligt.

*Die jetzige Krise ist aber größer.*

Wir können nicht Banken retten und die Realwirtschaft sterben lassen. Das wird nicht funktionieren.

*Gibt es systemische Industriefirmen, deren Pleite eine ganze Branche zum Einsturz brächte?*

Mit dieser Debatte wollen einige Politiker nur rechtfertigen, dass sie kein Geld mehr für die Realwirtschaft ausgeben wollen. Letztlich sind alle Unternehmen systemisch, weil sie national, international oder regional von extremer Bedeutung sind.

*Wie steht es mit Firmen, bei denen sich Heuschrecken oder die Familie Schaeffler verreckt haben? Warum sollen Steuerzahler selbst diese Investoren schützen?*

Wir stehen vor folgendem Problem: Wenn man ein Unternehmen jetzt in die Insolvenz schickt, dann hat es nur geringe Chancen, sich zu entschulden und sich wieder gut zu entwickeln. Denn das deutsche Recht schützt vor allem die Gläubiger, es sorgt dafür, dass ihre Ansprüche so weit wie möglich befriedigt werden. Wir plädieren deshalb dafür, das Insolvenzrecht zu ändern: Weniger Rechte für Gläubiger, mehr Schutz für das Unternehmen. Das Unternehmen ist das schützenswerte Gut, nicht der Gläubiger. Wenn dieser Grundsatz wie in den USA auch in Deutschland gelten würde, wäre gegen eine Insolvenz weniger einzuwenden. Dann würden auch diejenigen bestraft, die sich verreckt haben.

*Die IG Metall sagt: Keine Entlassungen 2009. Machen Sie sich damit nicht erpressbar? Bei Opel wird längst über Lohnneinbußen gegen Joberhalt geredet.*

Wir werden eine andere Strategie verfolgen. Wenn es notwendig ist, von Tarifstandards abzuweichen, dann darf es künftig nur noch zwei Möglichkeiten geben. Entweder die Beschäftigten gewähren dem Unternehmen einen Kredit, den es verzinst zurückzahlen muss. Oder sie erhalten im Gegenzug Unternehmensanteile: Verzicht gegen Besitz. Das sind die Alternativen. Es gibt keine Schenkungen mehr. Bei Schaeffler haben wir bereits grundsätzlich vereinbart, dass sich die Beschäftigten an dem Konzern beteiligen können, und auch bei Opel wird darüber diskutiert.

*Will die IG Metall jetzt grundsätzlich nur noch Tarifabweichungen akzeptieren, wenn es im Gegenzug eine Unternehmensbeteiligung gibt?*

Wir wollen dies überall dort durchsetzen, wo es sinnvoll und möglich ist. Für kleinere Betriebe könnte man Kapital-sammelstellen einrichten, die die Beteiligung organisieren. Dann können Arbeitnehmer ihren Besitz mitnehmen, wenn sie den Arbeitsplatz wechseln.

*Versprechen Sie sich davon auch mehr Mitbestimmung?*

Hier sind andere Weichenstellungen wichtiger. Klar ist: Die bisherige Fokussierung der Unternehmen auf Gewinnmaximierung hat uns in die Krise geführt - die Leidtragenden sind nun die Beschäftigten. Künftig müssen die Belegschaften stärker an wichtigen Unternehmensentscheidungen beteiligt werden. Das erhöht die Belastungsfähigkeit des Systems. Denn Beschäftigte denken langfristiger als das Kapital. Wir plädieren dafür, dass Massenentlassungen, Verlagerungen und Werksstilllegungen künftig nicht mehr gegen den Willen der Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat möglich sind. Auch Betriebsräte müssen gestärkt werden, sie müssen beispielsweise mitbestimmen können, wie viele Leiharbeiter der Betrieb beschäftigt.

*Warum?*

Wenn das Management allein darüber entscheidet, wird der Personalaufbau im nächsten Aufschwung überwiegend über Leiharbeit laufen. Will das diese Gesellschaft? Ich bin sicher: Nein, das will sie nicht.

*Mitten in der Krise wollen Sie eine große Kampagne starten mit dem Titel: Gemeinsam für ein gutes Leben. Was*

*bezwecken Sie damit?*

In den Parteien und Wirtschaftsverbänden gibt es unendlich starke Kräfte, die im Grunde nichts ändern wollen, die nach der Krise eine noch tollere Party für einige wenige feiern wollen. Das müssen wir verhindern.

*Was haben Sie vor?*

Wir wollen mit der Kampagne dafür sorgen, dass die zentralen Werte einer ordentlichen Gesellschaft wieder Richtschnur von Politik werden: Dazu gehört Gerechtigkeit, Anerkennung der Menschen - und die Freiheit, über sein Leben selbst zu bestimmen. Wir wollen dafür arbeiten, dass diese Werte wieder mehrheitsfähig in unserer Gesellschaft werden - und die Vorherrschaft der marktradikalen Ideologie mit ihrem verkommenen Begriff von Freiheit brechen.

*Zielt die Aktion auch auf die Bundestagswahl?*

Ja, auch. Wir werden in einer Umfrage, die im April startet, Beschäftigte fragen, was für sie zu einem guten Leben gehört. Und wir werden die Politik mit den Ansprüchen der Menschen konfrontieren. Gerade in der Krise ist es wichtig, nicht zu vergessen, dass wir auch ei-

gene Ansprüche an ein gutes Leben haben. Dazu gehört wohl für die meisten ein sicherer Job, ordentliches Einkommen und die Planbarkeit des Lebens. Das ist in Gefahr, völlig unter die Räder zu kommen. Wir wollen die Menschen ermuntern, sich zu engagieren, damit genau das nicht geschieht.

**Interview: Robert von Heusinger und Eva Roth**

**Der Sozial-Reformer** ~ Detlef Wetzel ist Vize-Chef der IG Metall und überzeugt, dass die deutsche Wirtschaft vor einem Strukturwandel steht. Der Staat dürfe Firmen wie Opel nicht sterben lassen, sondern müsse ihnen helfen. Nur so lasse sich der Wandel sozial abgesichert organisieren. Sollte Lohnverzicht nötig sein, werde die IG Metall im Gegenzug eine Kapitalbeteiligung für die Belegschaft fordern. Mit einer neuen Kampagne will die Gewerkschaft die Vorherrschaft der Marktradikalen brechen.